

Grußwort der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg

zum Landesdelegiertentag der GdP am 20. Februar 2010 in Potsdam

Gastredner: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für die Einladung zum Landesdelegiertentag und herzliche Grüße von der Linksfraktion im Landtag, insbesondere auch von der Fraktionsvorsitzenden, Kerstin Kaiser.

Ich bin der Einladung gern gefolgt und erinnere mich dabei noch gut an den letzten Landesdelegiertentag, der in Cottbus stattfand. Es gab eine lebendige und interessante Diskussion, die sich auf wichtige Fragen der öffentlichen Sicherheit insgesamt und der Polizeiarbeit im besonderen bezogen und das ist auf diesem Landesdelegiertentag nicht anders. Das zeigt, dass starke Gewerkschaften wichtig sind für diese Gesellschaft.

DIE LINKE hat vor vier Jahren in Cottbus als Oppositionspartei Verantwortung wahrgenommen und Position bezogen. Seit Oktober vergangenen Jahres ist meine Partei Partner in einer rot-roten Koalition. Ich sage ganz offen: Der Vorwurf des Wahlbetrugs tut weh. Aber ich nehme das als Herausforderung. Hinter uns liegen bewegte Monate, die uns das Hineinfinden in die neue Verantwortung nicht gerade leicht gemacht haben und das vor dem schwierigen Hintergrund der weltweiten Finanzkrise.

Für uns ist selbstverständlich, dass DIE LINKE weiterhin immer offen ist für die von den Gewerkschaften aufgeworfenen und vertretenen Probleme. Wir wollen die gute Zusammenarbeit fortführen und den Dialog mit den Gewerkschaften als wichtigen Faktor in politische Entscheidungen einordnen. Nur so wird es möglich sein,

vorhandene Potentiale zu nutzen, um ein hohes Maß an öffentlicher Sicherheit gewährleisten zu können.

Die Stimmung in der Polizei ist seit längerem nicht gut. Das ist unübersehbar und das nehmen wir sehr ernst.

Dabei spielt zweifellos der Personalabbau eine große Rolle, der mit der Polizeireform 2002 eingeleitet wurde. Damals sollten es nur 725 Stellen weniger sein. Noch von der rot-schwarzen Koalition wurde festgelegt, dass bis 2012 1766 Stellen bei der Polizei wegfallen werden.

DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit klar gegen diesen Personalabbau ausgesprochen, der, zunehmend als Selbstzweck betrachtet worden ist. Das hat allerdings den damaligen Innenminister und den innenpolitischen Sprecher der CDU wenig beeindruckt.

Jetzt gibt es nach dem Regierungswechsel eine klare Erwartungshaltung gegenüber der Linken, die mit dem Eintritt in die Landesregierung neue Einflussmöglichkeiten erhalten hat. Wir wollen dieser größeren Verantwortung gerecht werden, indem wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Personalabbau bei der Polizei nicht Ziel der Entwicklung in den nächsten Jahren ist, sondern die stabile Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Dazu ist eine bedarfsgerechte Personal- und Strukturentwicklung erforderlich. Der Landtag hat im Januar einen entsprechenden Auftrag an die Landesregierung erteilt. Letztlich wird die vom Innenminister mit Wirkung vom 1. Februar eingesetzte Expertenkommission unter dieser Voraussetzung tätig. Ich werbe dafür, dieser Kommission eine Chance zum Arbeiten zu geben und nicht schon vorher zu unterstellen, dass sie zwangsläufig scheitern müsse, denn das ist zumindest unfair. Wir setzen große Erwartungen in die Arbeit der Kommission. Sie hat die Möglichkeit, Schlussfolgerungen aus den Fehlern und

Defiziten der vergangenen Jahre zu ziehen, die wegführen von kurzatmiger Hektik, von blinder Experimentierwut, vom Berichts- und Beurteilungsunwesen.

Ich sage aber auch ganz deutlich, dass wir kein blindes Vertrauen in die Kommission haben. Wir werden die Ergebnisse einer kritischen Bewertung unterziehen und daraus leiten sich dann Entscheidungen ab. Und das nach Diskussion mit den Gewerkschaften.

Es geht jetzt darum, unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen einen langfristig tragfähigen Ansatz zu finden für die Struktur der Polizei, für den Umfang und die Prioritäten polizeilicher Aufgaben. Gesichert werden muss ein ausreichender Ausbildungs- und Einstellungskorridor, mit dem eine kontinuierliche Ausbildung und Neueinstellung in hoher Qualität erfolgt. Dazu steht fest, dass die gegenwärtig in Ausbildung befindlich Anwärter in den Landesdienst eingestellt werden, wenn sie das möchten. Weiterhin hat der Innenminister definitiv zugesagt, dass es in jedem Jahr ab 2013 im Schnitt mindestens 150 Neueinstellungen geben wird, was natürlich einen entsprechenden Vorlauf in der Ausbildung voraussetzt. So muss im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt noch die Anzahl der Neuaufnahmen an der Fachhochschule in diesem Jahr geklärt werden.

Wir wollen uns auch dem Problem stellen, wie der Beförderungsstau aufgelöst werden kann, denn zweifellos liegt hier ein wichtiger Faktor zur Erhöhung der Motivation der Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen eine bürgernahe und präsente Polizei, die ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir wollen eine Aufwertung der Revierpolizisten erreichen, die in ihren Verantwortungsbereichen wirken können und nicht ständig für andere Aufgaben abgezogen werden. Und wir stellen die Frage, ob nicht beträchtliche Reserven in einem veränderten Tätigkeitsprofil der Revierpolizisten liegen, die nach

unserer Auffassung auch für Ermittlungstätigkeit oder Verkehrskontrollen in ihren Revieren eingesetzt werden könnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Innenminister hat für die Kommission einerseits keinerlei Denkverbote ausgesprochen, andererseits aber eine Orientierungszahl für das Personal der Polizei im Jahr 2020 vorgegeben. Daraus ergibt sich, um wie viel die Personalstellen der Polizei in den nächsten zehn Jahren reduziert werden sollen. Euch ist bekannt, dass wir dabei nicht über anstehende Kündigungen sprechen, sondern dass es einen enormen Rückgang durch das altersbedingte Ausscheiden geben wird. Das gilt insbesondere für die Jahre nach 2015. Das Problem, mit dem wir es hierbei zu tun haben, ist die Frage, wie viele der ausscheidenden Polizisten durch Neueinstellungen ersetzt und wie die dafür notwendige Ausbildung gesichert wird. Wie diese Zahlen letztlich ausfallen werden, hängt wesentlich von den Vorschlägen der Kommission ab.

Die im Vorfeld geführte Diskussion um die Orientierungszahl ist einerseits Ausdruck einer harten Auseinandersetzung, andererseits aber auch Beleg für blanke Spekulation und Panikmache. Da war von einer Reduzierung um 3000 bis 4000 Stellen die Rede. Dann prognostizierte Herr Petke Ende Januar in der Landtagssitzung, dass es 2500 Stellen weniger sein würden. Kurz vor der Entscheidung sprachen die Medien von einer Spanne zwischen 1800 und 2500 Stellen, die bis 2020 gestrichen werden sollten.

Mit der vom Innenminister festgelegten Richtzahl von 7000 Stellen der Polizei im Jahr 2020 ist es jetzt eine angestrebte Reduzierung von weniger als 1900 Stellen. Das veranlasst uns nicht zu Jubelarien und ich will mich gar nicht dahinter verstecken, dass es auch durch unser Zutun deutlich weniger einzusparende Stellen sind als vorhergesagt. Ich will auch gar nicht darüber spekulieren, wie sich dieser

Prozess der weiteren Personalentwicklung vollziehen würde, wenn die CDU in der Regierung geblieben wäre.

Wir müssen und wollen uns den Realitäten der zunehmend begrenzten Mittel des Landeshaushalts stellen. Ich sage aber zugleich, dass die notwendigen Entscheidungen noch zu treffen sind. Bis jetzt gilt der noch unter Herrn Schönbohm und Herrn Petke beschlossene Personalabbau bis 2012. Die Entscheidung über die Folgejahre bis 2020 wird auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse der Reformkommission getroffen. Wichtigstes Entscheidungskriterium ist dabei für uns nicht ein möglichst hoher Personalabbau, sondern die zuverlässige Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei alledem ist zu berücksichtigen, dass die Diskussion im Landtag unter veränderten Bedingungen durchgeführt wird. Während in der Vergangenheit von der CDU alles unternommen worden ist, um der Opposition keine Chance zu geben, ist es jetzt möglich, dass Anträge der Oppositionsfraktionen in den Ausschüssen inhaltlich diskutiert werden und bei den Entscheidungen Berücksichtigung finden. Wer hätte denn gedacht, dass sich die CDU mal für öffentliche Ausschusssitzungen einsetzen würde, nachdem sie diese Öffentlichkeit als Regierungsfraktion gegen die Linken und die SPD mit aller Kraft verhindert hat.

Wir wollen diese öffentliche Diskussion und gerade bei dem anstehenden Vorhaben einer Polizeireform kann diese Transparenz sehr nützlich sein.

Im Namen der Fraktion DIE LINKE wünsche Euch viel Erfolg in Eurer gewerkschaftlichen und beruflichen Tätigkeit und hoffe, dass wir unsere gute Zusammenarbeit auch in Zukunft weiterführen werden.